



***Stellungnahme zum Bericht der Arbeitsgruppe
„Berufliche Schulen zu Kompetenzzentren“***

Grundsätzlich begrüßt der **vlw** die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren. Dennoch halten wir die Einrichtung eines Landesinstituts Berufliche Schulen Berlin (LIBS-Berlin) zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht und haben die folgenden Bedenken.

Durch das LIBS-Berlin wird eine strategische Konzeption vorgestellt ohne dass klar ist, welche Aufgaben die operative Ebene – das Kompetenzzentrum Schule - hat: „Die Konkretisierung der einzelnen Aufgaben wird im Rahmen der Umsetzung des Konzepts vorgenommen“ (vgl. Bericht der Arbeitsgruppe S. 9).

Die strategische Konzeption befasst sich vor allem mit organisatorischen Fragen. Inhaltliche Aussagen bleiben zu allgemein. Vor allem stellt sich die Frage, welche positiven Veränderungen die Einrichtung eines LIBS für die einzelne Schule, die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer bringt.

Es wird nicht deutlich, wie die Einwerbung von Drittmitteln und die Öffnung hin zum Fort- und Weiterbildungsmarkt durch ein LIBS erreicht werden kann. Hier gibt es, wie die ersten Stellungnahmen der Kammern und Innungen zeigen, erhebliche Widerstände.

Deshalb schlagen wir folgende Vorgehensweise vor:

Es muss genau definiert werden, was Kompetenzzentren sind und welche Aufgaben sie zukünftig haben. Entsprechend muss eine Diskussion darüber geführt werden, was diese Zentren vor dem Hintergrund der Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens für die berufliche Bildung und die Verknüpfung von beruflicher und allgemeiner Bildung zukünftig leisten sollen und müssen.

Diese Diskussion muss mit allen Beteiligten geführt werden, auch mit allen Interessenverbänden der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen.

Die Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren muss als erster Schritt vor Ort an den Oberstufenzentren stattfinden. Eine erweiterte, evtl. auch rechtliche Selbstständigkeit sollte mit OSZ erprobt werden, die sich bereits auf den Weg gemacht haben. Hierbei muss geprüft werden, inwieweit und unter welchen Bedingungen eine Einwerbung von Drittmitteln und eine branchenspezifische Öffnung zum Fort- und Weiterbildungsmarkt möglich ist. Hierbei ist es auch unabdingbar, dass Schulleitungen und erweiterte Schulleitungen entsprechende Fortbildungen erhalten und eine Unterstützung durch Verwaltungsstellen an der Schule. Die weitere Verselbstständigung der beruflichen Schulen ist verbunden mit einer zunehmenden Entscheidungskompetenz der Schulleitungen. Diese muss sowohl übergeordnet als auch vor Ort kontrolliert werden durch demokratisch legitimierte Gremien (z. B. durch einen Personalrat auch vor Ort, eine Entscheidungs- und Kontrollfunktion der Schulkonferenz).

Erst in einem zweiten Schritt ist in neues Konzept von Schulaufsicht zu entwickeln, welches ein an einheitlichen Standards orientiertes Qualitätsmanagement etabliert und alle an beruflicher Bildung beteiligten Akteure einbindet. Hier liefert der Bericht erste Ansätze, die hinsichtlich der strategischen Zielsetzung und Steuerung von Schulen aber noch zu konkretisieren sind, damit eine effektive Organisationsstruktur bei größtmöglicher schulischer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung auch zu einer substantziellen Verbesserung auf allen Ebenen führt.

Berlin, 25. Mai 2013

gez. Yamina Ifli
stellv. Vorsitzende
yamina.ifli@vlw-berlin.de

gez. Thomas Begner
stellv. Vorsitzender
thomas.begner@vlw-berlin.de